

Dramatische Zustände in griechischen Aufnahmezentren. Flüchtlingshelfer erheben Vorwürfe gegen die EU

VON DETLEF DREWES

**BRÜSSEL.** Berlin kam im November 2019 nach Moria, jenem Aufnahmezentrum für Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos, das zum Inbegriff des Schreckens wurde. „Ei-nige Frauen und Mädchen leben au-ßerhalb des Camps in einem Oliven-hain. Sie sind am schlimmsten dran. Nachts können sie nicht allein auf die Toilette gehen, weil sie ständig Angst vor Übergriffen und Vergewal-tigungen haben.“

Richtig übel sei es im März gewe-sen, als Griechenland aus Angst vor dem Coronavirus das Asylrecht aus-gesetzt und Schutzkräfte sowie Po-lizei abgezogen hatte. Berlin, deren Name zu ihrem Schutz verändert wurde, erzählte die Erlebnisse den Helfern des griechischen Flücht-lingsrates, der UN-Flüchtlingsor-ganisation und weiteren Sozialar-beitern.

Die Organisation Oxfam nahm die Schilderungen der jungen Frau in ihren Bericht über die Situati-on in den hellenischen Lagern auf, der gestern in Brüssel veröffentlicht wurde. Erst ein weiteres Dokument des Grauens – auf dem Boden der Europäischen Union. Gezeigt wer-den soll, dass das „neue griechi-sche Asylrecht ein unverhohlener Angriff auf die humanitären Ver-pflichtungen Europas zum Schutz von Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung fliehen, ist“, sagte Eve-lien van Roemburg von Oxfam ges-tern in Brüssel. Die große Angst der

Helfer beschreibt die Mitarbeiterin so: „Wir sind äußerst besorgt, das neue griechische Asylrecht könn-te als Blaupause für die anstehen-de Reform des europäischen Asyl-systems dienen.“

### Athen stellte Hunderte zusätzliche Grenzpolizisten ein

Tatsächlich gibt es auffällige Par-allelen zwischen der Situation in den überfüllten Hotspots auf den Inseln im Osten der Ägäis und je-nen Beschreibungen von EU-Vertre-tern, wie eine Lösung des Asylpro-blems aussehen könnte. Die neue

konservative Regierung in Athen hatte Anfang des Jahres Hunder-te zusätzliche Grenzpolizisten ein-gestellt, die Bearbeitungsfristen für Anträge verkürzt und auf eine zü-rgige Rückführung abgelehnter Mi-granten gedrängt. In der Praxis, die die Hilfsorganisationen vor Ort beobachteten, führte dies zu un-haltbaren Zuständen: Die Fristen für Beschwerden gegen abschlägi-ge Bescheide wurden so drastisch verkürzt, dass sie – so Oxfam – oft verstrichen sind, wenn die Betroffe-nen von ihrem abgelehnten Antrag erfahren. Klagen dürfen nur über ei-nen Anwalt laufen – aber auf Lesbos

gibt es gerade mal einen einzigen staatlich finanzierten Rechtsbei-stand.

Die Struktur der Maßnahmen ent-spricht dem, was vielen in Brüssel und anderen EU-Hauptstädten vor-schwebt: Alle Ankommenden sollen an den Außengrenzen abgefangen, ihre Asylanträge dort entschieden und abgelehnte Bewerber sofort zu-rückgeschickt werden. Es ist schwer vorstellbar, wie das angesichts der Vielzahl von Hilfesuchenden hu-man ablaufen soll.

Die neue EU-Kommission zögert bisher einen eigenen Vorschlag für ein gemeinsames Asylrecht hinaus – auch deshalb, weil man weiß, dass etliche EU-Regierungen jede Auf-nahme von Zuwanderern strikt ab-lehnen. Zwar hat Bundesinnenmi-nister Horst Seehofer (CSU) einen Kreis von zehn freiwilligen Ländern um sich geschart, die in akuten Not-lagen Migranten aufnehmen. In sei-nem Haus favorisiert man einen Weg, die übrigen auf „andere For-men der Solidarität“ zu verpflichten – von Geldleistungen bis hin-zur Bereitstellung von Beamten, die in den Zentren vor Ort mithel-fen. Konkretere Vorstellungen gibt es dazu nicht.

Die Kommission will ihren Vor-schlag nun im September präsent-ieren. Deutschland plant zwar, das Dossier während seiner EU-Rats-präsidentschaft voranzutreiben. Aber die Hoffnungen auf einen Durchbruch und eine Besserung der Lage in den Zentren sind nur gering.



Migranten aus dem Lager Moria, die mit einem Schiff von der Insel Lesbos ge-kommen sind, gehen im Hafen von Piräus bei Athen an Land. FOTO: DPA